

79. Sitzung

am Dienstag, dem 28. Juni 2011, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 7024

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Staatsminister **Dr. Ludwig Spaenle, Heinz Donhauser, Markus Reichhart** und **Thomas Mütze** 7024

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
"Mit Energie in die Zukunft. Aufbruch Bayern"

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 7024
Markus Rinderspacher (SPD)..... 7031
Georg Schmid (CSU)..... 7037 7038 7043
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 7043 7048
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 7043
Staatsminister Martin Zeil..... 7056
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 7060
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 7063

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Olympia 2018: Was kann noch getan werden, um die Bewerbung von München zum Erfolg zu führen?"

Julika Sandt (FDP)..... 7064 7068
Staatsminister Dr. Marcel Huber.... 7064 7065 7066
7067 7068 7069
Harald Güller (SPD)..... 7065
Martin Bachhuber (CSU)..... 7066
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 7066
Gerhard Wägemann (CSU)..... 7067
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 7069

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik in Bayern: Bilanz der Versäumnisse."

Antrag gem. § 176 GeschO auf Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung
Harald Güller (SPD)..... 7070

Abstimmung gem. § 129 GeschO über o. a. Herbeirufungsantrag..... 7071
Dr. Thomas Beyer (SPD)..... 7071

Erwin Huber (CSU)..... 7073 7074
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) 7076 7077
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 7077
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 7078 7080
Eberhard Rotter (CSU)..... 7080
Bernhard Roos (SPD)..... 7081 7083
Klaus Stöttner (CSU)..... 7083
Staatsminister Martin Zeil..... 7084

Erste Lesungen
zu **Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen**

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfassungsgesetzen des Bundes (Drs. 16/8820)**

Verweisung in den Verfassungsausschuss 7086

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 16/8844)**

Verweisung in den Sozialausschuss 7086

in den Sechziger- und Siebzigerjahren für die Atomkraft angestellt haben. Wir haben Abermilliarden an Forschungsgeldern in die Atomkraft investiert. Wenn wir mit dem gleichen Ernst und dem gleichen Engagement die Speichertechnologien erforschen, werden wir Pumpspeicherkraftwerke, Druckluftspeicher, die Wasserstoffherstellung, auch die Aufspaltung von Wasser hinbekommen. Wir werden Batteriespeicher und die Biogasspeicherung nach vorne bringen.

Martin Runge hat es bereits angesprochen: Smart Grid und Smart Metering spielen bei der Energiewende eine zentrale Rolle. Ich möchte das hier nicht weiter ausführen.

Die Strompreise, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden durch den EEG-Anteil maximal um 3,5 Cent ansteigen. 2023/24 werden wir - das sage ich Ihnen voraus - diesen maximalen Anteil erreicht haben. Dem Wirtschaftsminister sage ich weiter voraus: Im Jahr 2040 werden wir erneuerbaren Strom günstiger produzieren als konventionellen Strom. Da vertraue ich auf unsere Ingenieure. Mit deutschem Know-how, mit deutschem Engineering fliegen wir ins All. Wir haben es geschafft: 1835 fuhr der "Adler" mit 35 Stundenkilometern von Nürnberg nach Fürth. Jeder hat damals erzählt, das schnelle Fahren mache krank. Heute bewegen wir uns zwischen Nürnberg und Fürth mit 300 Stundenkilometern, und Gott sei Dank sind wir nicht krank. Ich glaube an unsere Ingenieure, an unser Engineering, an unsere Wissenschaft. Ich glaube an unser Handwerk, an unser "Made in Germany", an "Made in Bavaria". Wir schaffen die Energiewende für unsere Kinder und für unsere Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Glauber. Es gibt noch eine kurze Restredezeit, auf die der Kollege Hallitzky zugreift. Bitte schön, Herr Kollege.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Abgeordneter Zeil -

(Staatsminister Zeil begibt sich wieder zur Regierungsbank)

jetzt sind Sie wieder der Herr Wirtschaftsminister Zeil -, bevor Sie Legendenbildung zu Riedl betreiben, sage ich Ihnen: Erstens. Wir hatten differenziert argumentiert und gesagt: Unterhalb der Staumauer geht das Pumpspeicherkraftwerk aus ökologischen Gründen nicht. Wenn, dann macht es oberhalb - im Staubereich des Kraftwerks - Sinn. Was die bekannt GRÜNENnahe "Passauer Neue Presse" so kommentierte: Das sei sehr differenziert und im Übrigen auch sehr wichtig, weil davon die Zustimmung der GRÜNEN

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

zum Antrag abhängt. Die Donaukraftwerk Jochenstein GmbH hat also einen Antrag für das ökologisch sensible Gebiet unterhalb der Staumauer gestellt. CSU und FDP haben gejubelt und gesagt: Das ist toll; macht es genau so. Wenn ich die Signale richtig deute, die derzeit kommen, die zum Teil auch schon in den Medien verbreitet werden, wird die Regierung von Niederbayern genau das tun, was wir gefordert haben. Sie wird den Antrag nämlich ablehnen und sagen: Unterhalb geht es aus ökologischen Gründen nicht. Aber sie wird zugleich auch sagen: Wenn ihr das oberhalb machen wollt, dann könnt ihr das machen, denn im Staubereich ist die ökologische Wertigkeit deutlich geringer.

Fazit: Wir haben Ihnen mit unserer differenzierten Abwägung von ökologischen und energiewirtschaftlichen Interessen den Weg gewiesen, wie die Konfliktlösung gehen kann. Ihr grobschlächtiges Jubelgeschrei, das, war der Irrweg.

Ein zweites Fazit, das man daraus noch ziehen sollte, ist: Wir sind diejenigen, die Ökologie und Energiepolitik sinnvoll abwägen. Sie sollten deshalb häufiger auf uns hören. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Damit ist Ihre Redezeit auch ausgeschöpft. Weitere Wortmeldungen liegen erkennbar nicht vor. Auch der Herr Ministerpräsident verzichtet auf eine zusammenfassende Stellungnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Alles Wichtige ist gesagt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen ohne weitere Umschweife zum Tagesordnungspunkt 2:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Olympia 2018: Was kann noch getan werden, um die Bewerbung von München zum Erfolg zu führen?"

Zuständig für die Beantwortung der Fragen ist der Leiter der Staatskanzlei. Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Sandt. Bitte schön.

- Langsam. Das ist immer ein merkwürdiges Windhundverfahren. Daran, dass Frau Sandt jetzt das Wort hat, gibt es aber keinen Zweifel. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, der Bürgerentscheid in Garmisch hat gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter der - -

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gehen Sie bitte näher zum Mikrofon.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, der Bürgerentscheid in Garmisch hat gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Olympiabewerbung steht.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Tobias Thalhammer (FDP))

Es gibt ein aktuelles Gutachten, wonach sogar 78 % der Deutschen die bayerische Olympiabewerbung befürworten. Trotzdem wollen einige Gegner Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren. Die Olympia-Gegner werfen den Befürwortern der Bewerbung weiterhin Knüppel zwischen die Füße. Im Moment tun sie das, indem sie den Host-City-Vertrag als rechtswidrig hinstellen wollen. Wie schätzen Sie das vorgelegte Rechtsgutachten ein, und hat es überhaupt Auswirkungen auf die Bewerbung?

(Beifall der Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Tobias Thalhammer (FDP))

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Um zum zweiten Teil Ihrer Frage zu kommen: Ich glaube nicht, dass dieses Gutachten Auswirkungen haben wird. Ich schätze es quasi als Akt der Verzweiflung der Basisdemokraten ein, die versuchen, mit juristischen Spitzfindigkeiten die Entscheidung, die die Bevölkerung eigentlich schon getroffen hat, doch noch irgendwie ins Negative zu verkehren.

Um jetzt aber konkret auf das Gutachten einzugehen: Das Gutachten zweifelt an, dass der Host-City-Vertrag rechtens sei, weil die Austragung außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Stadt stattfindet. Genau dieser Tatbestand zeigt, dass man sich nicht vertieft mit der Materie auseinandergesetzt hat; denn es gibt darüber hinaus natürlich so genannte Multi-Party-Agreements und weitere Vereinbarungen, die genau diese Dinge regeln, nämlich die Zuständigkeiten, wer für was tatsächlich eintreten muss. Aus diesem Grunde kann ich nur sagen: Dieser Vertrag ist selbstverständlich rechtens.

Es ist nämlich auch so, dass die Kommunen gegenüber dem IOC Garantieerklärungen abgeben mussten. Diese Garantieerklärungen wurden von der Regierung von Oberbayern geprüft. Ich verlasse mich lieber auf die Rechtsaufsicht, die diese Dinge geprüft und genehmigt hat, als auf dieses Gutachten.

Ich darf an dieser Stelle vielleicht noch anmerken: Wenn es wirklich so wäre, wie Sie das hier beschreiben, dann wäre es praktisch in keinem Fall möglich, dass irgendeine Stadt als Ausrichter einer Deutschen Meisterschaft, einer Weltmeisterschaft oder Ähnlichem agieren könnte; denn auch dabei geht es darum, ob diese Dinge in der eigenen Zuständigkeit sind. Es ist eine Aufgabe im eigenen Wirkungskreis, und damit ist diese Einwendung des Gutachtens eigentlich obsolet.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bevor ich Ihnen noch einmal das Wort gebe, darf ich bekannt geben, wen wir als Redner registriert haben. In der Reihenfolge: die Kollegen Güller, Bachhuber, Piazzolo, Rüth, Wägemann.

(Widerspruch der Schriftführer)

- Nein, umgekehrt: Wägemann, Rüth.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, mir ist es egal.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Machen wir es so. Bitte schön, Frau Sandt, Sie haben die erste Nachfrage.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, Olympische und Paralympische Spiele fördern Werte wie Respekt und Toleranz, sie sind gelebte Völkerverständigung und vermitteln ein positives Bild von unserer Heimat. Davon profitieren natürlich auch Wirtschaft, Infrastruktur und Tourismus. Dessen sind wir uns sicher. Welche Effekte und insbesondere welche wirtschaftlichen Effekte verspricht sich die Staatsregierung im Einzelnen davon?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Natürlich stehen die ideellen Dinge im Vordergrund. Sicherlich hat es aber auch wirtschaftliche Auswirkungen. Dort, wo eine so große Veranstaltung ausgerichtet wird, wird natürlich viel Geld in die Hand genommen. Es gibt das Organisationskomitee-Budget in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, das vor Ort ausgegeben wird. Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen: Diese 1,3 Milliarden Euro sind mit Ausnahme der 35 Millionen Euro, die für die Paralympics aus Steuermitteln zugeführt werden, ausschließlich Geld, das vom IOC und überwiegend aus dem Ausland finanziert wird. Man kann also sagen, in die Region, nach Deutschland, nach Süddeutschland, nach Bayern werden 1,3 Milliarden Euro gepumpt, was für viele Betriebe eine interessante Möglichkeit sein wird, Umsätze zu machen.

Darüber hinaus gibt es ein Budget für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro. Das wird größtenteils auch hier vor Ort verbaut. Diese Investitionssummen sind für die gesamte Region fast ein Konjunkturpaket. Man kann also beinahe sagen: Mit dem Zuschlag, den wir möglicherweise erhalten, wird in der Region eine große Investitionswelle ausgelöst, die für die Betriebe in dieser Region von großem Vorteil sein wird. Darüber gibt es auch ein Gutachten von Professor Dr. Preuß von der Universität Mainz vom März dieses Jahres, in dem ein sogenannter Netto-Wohlfahrtsgewinn in Höhe von 3 Milliarden Euro errechnet wird - fragen Sie mich bitte nicht detailliert, was das umfasst.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ist es das Bruttoinlandsstück?)

- Bruttoinlandsstück. Ich wollte es so nicht sagen. Aber in summa kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass die Investitionen, die diese Bewerbung, wenn wir den Zuschlag bekommen, zur Konsequenz haben, für die Region eine große Möglichkeit sein werden, sich wirtschaftlich zu betätigen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Güller. Bitte.

Harald Güller (SPD): Herr Minister, Sie kennen mich. Eigentlich liegt mir Mitleid mit CSU-Ministern weit fern. Aber man könnte schon Mitleid mit Ihnen haben, dass Sie heute aus reiner Koalitionsrason die Kulisse für einen verzweifelten Profilierungsversuch der FDP abgeben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bewerbungsgesellschaft hat einen tollen Job gemacht. Christian Ude und die Stadt München haben die Bewerbung nach vorne gebracht. Der Bayerische Landtag hat sie bis auf kleine Teile von den GRÜNEN unterstützt. Auch die Staatsregierung hat einen guten Job gemacht. Die Tickets nach Durban sind gelöst, wo die Entscheidung des IOC fällt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir alle erwarten mit Spannung die Entscheidung. Das Einzige, was der FDP eine Woche, bevor die Entscheidung getroffen wird, dazu noch einfällt, ist die hilflose Frage: Herr Minister, können wir noch irgendwas tun? Das ist eigentlich schon jämmerlich. Ich habe nach dem Geieere von Herrn Zeil in der Debatte vorher über die Atompolitik und die Energiewende der FDP gedacht, peinlicher geht es nicht mehr. Aber offensichtlich ist das Motto der FDP, peinlicher geht immer.

(Thomas Hacker (FDP): Herr Güller!)

Um dieser Stunde in diesem Haus zumindest noch etwas Positives abzugewinnen, werfen wir doch den Blick nach vorne. Nach vorne heißt: Ich hoffe, wir bekommen die Spiele.

Die SPD-Fraktion hat am 9. Dezember letzten Jahres einen Antrag gestellt, wonach die Bewerbung unumschränkt unterstützt wird. Wir möchten aber noch folgende Punkte von der Staatsregierung geklärt haben:

Erstens. Sie haben immer gesagt, Sie werden große Transparenz für die Bevölkerung herstellen in den Fragen, dass es umweltverträgliche Spiele sind, dass die Finanzierung funktioniert und vor allem dass Infrastrukturmaßnahmen in anderen Landesteilen Bayerns unter den Investitionen für die Olympiade nicht leiden. Sind Sie bereit, den zuständigen Ausschüssen und diesem Bayerischen Landtag, falls wir den Zuschlag bekommen sollten, bis zur Olympiade 2018 regelmäßig Bericht zu erstatten?

Zweitens. Sind Sie bereit, zusammen mit der SPD und gegebenenfalls mit diesem Hause, wenn dieser Antrag doch endlich einmal durch die Ausschüsse gegangen sein wird - übernächste Woche steht er schon einmal auf der Tagesordnung; kaum dauert es ein halbes Jahr, so steht das Anliegen auf der Tagesordnung des Ausschusses - beim Bund ein Sonderinvestitionsprogramm zu fordern, um die Investitionen für die Infrastruktur in Garmisch-Partenkirchen und München nach vorne zu bringen, ohne Projekte in anderen Landesteilen Bayerns zurückzustellen, und, sollte dieses Investitionsprogramm nicht ausreichen, sind Sie bereit, auch ein Sonderprogramm für Investitionen in Bayern aufzulegen, damit die Bayerische Staatsregierung mit dem Landtag zusammen das wahrnehmen kann, was wir den Menschen in Bayern versprochen haben? Wir haben nämlich versprochen, dass die Olympischen Spiele in Bayern so umweltverträglich wie möglich sein werden, dass sie viel Spaß machen werden, uns im Tourismus und in der Wirtschaft nach vorne bringen werden, dass aber die Investitionen dafür in anderen Landesteilen außerhalb von Oberbayern nicht zu negativen Folgen führen werden. Das wäre eine echte Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und kein so hilfloser Versuch wie jetzt der von der FDP.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihr Mitgefühl. Ich werde aber dafür bezahlt, dass ich hier meinen Job

mache, und ich versuche, ihn so gut wie möglich zu machen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber Scherz beiseite, nun zur ersten konkreten Frage: Ich bin gerne bereit, in meiner Zuständigkeit dem Landtag begleitend zu berichten, wenn die Bewerbung tatsächlich zu einer Zusage führt. Wenn es etwas aus meiner Zuständigkeit zu berichten gibt, tue ich das gerne.

Zur zweiten Frage: Im Bid Book wurde eine große Zahl von Maßnahmen beschrieben, die Voraussetzung sind, um den Zuschlag zu bekommen. In dieser Beschreibung findet sich auch eine große Anzahl sehr kostenintensiver Infrastrukturmaßnahmen. Ich denke dabei an den Wank- und Kramertunnel, an den Ausbau des Anschlussstücks der Autobahn, an den zweigleisigen Abschnitt der Bahn etc. Diese Maßnahmen im Bid Book als Voraussetzung für die Bewerbung wurden alle von der Bundesregierung zugesagt. Angesichts der Finanzsituation der Bundesregierung ist das gar nicht anders möglich als über eine Sonderfinanzierung; denn diese Maßnahmen sind alle wohlbe-gründet und irgendwann ohnehin einmal fällig. Sie würden aber nie und nimmer bis 2018 realisiert werden. Die Voraussetzung, dass wir all die zugesagten Infrastrukturmaßnahmen bis 2018 bekommen, ist ein Sonderinvestitionsprogramm, für das wir uns selbstverständlich verwenden werden. Diese Maßnahmen müssen allesamt als besonderes Ereignis in den Mittelpunkt gestellt werden. Es ist selbstverständlich, dass es dadurch nicht zu Nachteilen für andere Landesteile kommen darf, wie das auch bei der Expo seinerzeit in Hannover der Fall war. - Ich denke, damit sind die Fragen beantwortet.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Minister. Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, die Bestrebungen der Olympiagegner, die Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2018 zu verhindern, sind kläglich gescheitert. Die Bürgerinnen und Bürger von Garmisch-Partenkirchen haben sich am 8. Mai mit einem überzeugenden Votum für die Olympiade ausgesprochen. Ich möchte auch erwähnen, dass es mittlerweile gelungen ist - gerade Ihnen, Herr Staatsminister -, das letzte bedeutende Grundstück im Zielbereich der Kandahar auch notariell für die Olympischen Spiele 2018 zu sichern. Was nützt die schönste Abfahrtsstrecke, wenn man keine Zieleinfahrt hat?

Meine Fragen hierzu: Wie werten Sie das klare Bürgervotum und auch die geklärten Grundstücksfragen hinsichtlich einer Olympiabewerbung?

(Hans Joachim Werner (SPD): Positiv!)

Wie werten Sie die ständigen Versuche der GRÜNEN hier im Bayerischen Landtag, die Olympischen Spiele zu torpedieren

(Hans Joachim Werner (SPD): Negativ! - Allgemeine Heiterkeit)

und damit den Willen der Bürger in Garmisch-Partenkirchen zu missachten?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Herzlichen Dank, die Antworten wurden schon gegeben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es fanden mittlerweile schon einige Bewerbungsrunden statt, zuletzt in Lausanne. Man hat dabei durchaus merken können, dass die Aufmerksamkeit der IOC-Mitglieder, die über den Zuschlag zu befinden haben, durchaus auf die Stimmung in der Bevölkerung und die tatsächlichen Voraussetzungen gerichtet ist. Dass es uns gelungen ist, alle notwendigen Grundstücke notariell zu sichern, war dort ein wichtiges Argument, über das zwar nicht groß geredet wurde, aber man konnte durchaus merken, dass das für die IOC-Mitglieder von großer Bedeutung war. Es wurde auch deutlich wahrgenommen, dass durch den Bürgerentscheid klargestellt wurde, es ist nicht so, dass die Leute dort das selbst nicht wollen. Versuche von Leuten, die prinzipiell gegen derartige Großveranstaltungen sind, sich noch auf irgendwelchen Wegen bemerkbar zu machen, werden von den IOC-Mitgliedern durchaus richtig eingeschätzt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das an anderen Bewerbungsorten anders ist. Da habe ich keine großen Bedenken.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Dr. Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, wie Sie wissen, stehen wir FREIE WÄHLER auch uneingeschränkt hinter der Münchner Olympiabewerbung. In dieser letzten Woche kann man gar nicht mehr arg viel tun. Ich weiß nicht, ob irgendeiner der FDP nach Durban mitfährt; Sie sollten das lieber lassen. Man kann also nur den Daumen drücken. Mir geht es vielmehr darum, wie wir weiter-

machen, wenn wir es am 6. Juli hoffentlich geschafft haben und der Name München genannt wird. Ich hatte ein wenig den Eindruck, dass man noch stärkeren Rückenwind aus der Bevölkerung braucht. In der Vorbereitung ging es um sehr viel Technisches; das musste auch sein.

Wir hatten ein Olympiafest in der Allianz-Arena. Dort habe ich zwar den einen oder anderen gesehen, aber keinen Kollegen von der CSU; jedenfalls ist mir keiner aufgefallen. Vielleicht haben Sie da mehr Informationen. Weil es auf den Rängen doch ein bisschen dünn aussah, wollte ich Sie fragen: Hat man daran gedacht, Karten auch an Schulen zu verteilen, um breiteres Interesse zu wecken? Wir hatten schon die Idee, die Bevölkerung dadurch mitzunehmen, dass man ein Olympiamuseum initiiert, wo man die Sportarten vorführt, sodass man langsam die Begeisterung für die Olympiade 2018 steigert. Gibt es da bei Ihnen schon Pläne?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass wir in der Woche vor der Entscheidung nicht mehr ganz große Dinge zaubern können. Das Team, das sich jetzt auf den Weg macht und sich vorbereitet, wird am meisten dazu beitragen können, dass die Präsentation am 6. Juli gut gelingt. Der Präsentationsfilm, an dem noch gefeilt wird, ist ein ganz wichtiges Element. Es wird geprobt, wer wann was sagt; daran arbeitet das Team, das bei anderen Präsentationen gezeigt hat, dass es da richtig gut ist.

Ideell ist noch etwas zu machen; da haben Sie recht. Ich habe mit Freuden gelesen, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in diesem Hause morgen öffentlich positionieren wollen, um zu zeigen, dass der größte Teil des Landtags für die Olympischen Spiele ist, sich darauf freut und die Bevölkerung in diese Richtung mitnehmen will. Solche Maßnahmen werden schon wahrgenommen. Sie haben sublim die noch fehlende Begeisterung in der breiten Bevölkerung beschrieben. Dafür muss man noch werben. Olympiabegeisterung ist nicht verordenbar. Man kann die Leute durch Information mitnehmen. Damit kann man durchaus etwas für die Veranstaltungen tun.

Ich bin sehr zuversichtlich. Im Vordergrund muss nicht nur die olympische Idee stehen; im Vordergrund stehen der Sport und die Sportler. Wenn man heuer gesehen hat, mit welcher Begeisterung die Bayern ihre bayerischen Idole bei den beiden Weltmeisterschaften in den Wintersportdisziplinen, die in Bayern stattgefunden haben - in Schönau Skeleton und Bob und in

Garmisch-Partenkirchen Ski -, angefeuert haben, und gesehen hat, was für ein großes Fest an diesen Orten abgegangen ist, dann kann man sehr zufrieden sein und guten Mutes in die Zukunft schauen. Die Begeisterung wird garantiert wiederkommen.

Über die erste Anregung, die ich hier jetzt bekommen habe, werde ich nachdenken. Wir müssen uns einmal darüber unterhalten. Dies ist keine abschlägige Aussage, aber auch keine Zusage.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das Wort hat Herr Kollege Wägemann.

Gerhard Wägemann (CSU): Herr Minister, die Olympiabewerbung für München 2018 mit Garmisch-Partenkirchen und Königssee bietet für die Entwicklung der Sportinfrastruktur, für die Nachwuchsförderung und für den Breitensport große Chancen. Der Bayerische Landessportbeirat als Beratungsgremium der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags hat sich in seiner Sitzung am 9. November 2009 nach sehr ausführlichen Diskussionen mit nur einer einzigen Gegenstimme aus dem bekannten Bereich für die Olympiabewerbung ausgesprochen. Wie wir gehört haben, stehen auch die Bundesbürger mit großer Mehrheit dahinter.

Die große Begeisterung für den Wintersport - das konnten wir ja in diesem Winter bei der Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen sowie bei den Bob- und Skeleton-Weltmeisterschaften am Königssee erleben - hat eindrucksvoll gezeigt, was für eine positive Stimmung in der Bevölkerung herrscht.

Es ist auch klar bewiesen worden, dass wir olympiataugliche Sportstätten haben. Wir können sportliche Großereignisse in hervorragender Atmosphäre ausrichten.

Teilen Sie die Einschätzung, dass sich die Wintersportbegeisterung unserer Bevölkerung auf die Bewerbung positiv auswirkt? Ist die Tatsache, dass die Sportstätten für die Winterspiele 2018 bereits zu rund drei Viertel vorhanden sind, größtenteils olympiatauglich ausgebaut sind und nacholympisch sinnvoll genutzt werden können, ein markanter Vorteil bei der Bewerbung?

Welche Impulse entstehen durch die Winterspiele 2018 für den Breiten-, aber auch für den Behindertensport?

Zuletzt frage ich: Ist Ihnen bekannt - Herr Güller hat es angesprochen -, dass der besagte Antrag der SPD auf Wunsch des bisherigen Ausschussvorsitzenden

und SPD-Fraktionsmitglieds zurückgestellt wurde, bis die Olympiabewerbung entschieden ist?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Zur letzten Frage kann ich nichts sagen. Das ist landtagsinterne Angelegenheit. Aber zu den anderen Fragen will ich gern etwas sagen.

Mir ist wichtig, herauszustellen, dass der Spitzensport Auswirkungen auf den Breitensport hat. Es gibt keine Breite ohne Spitze. Junge Leute brauchen Idole, denen sie nacheifern können. In allen Sportarten kann man beobachten, dass immer dann, wenn sich ein deutscher Sportler ganz besonders hervortut, eine Welle begeisterter Nachahmer bei den Jugendlichen auftritt, die dann in ihrer jeweiligen Sportart mit neuer Motivation Sport treiben. Deswegen wollen wir den Spitzensport fördern. Er hat seine Auswirkungen auf die Infrastruktur des übrigen Sportwesens, also soweit es sich nicht um Spitzensport handelt.

Es war durchaus eine wichtige Feststellung: Das meiste dessen, was wir für die Ausrichtung brauchen, ist bereits in gutem Zustand und hat bewiesen, dass es auch bei Großveranstaltungen funktioniert. Ich denke an die gerade erwähnte Bobbahn in Schönau, an die alpinen Ausrichtungsorte in Garmisch-Partenkirchen, Gudiberg, Kandahar etc. Diese Einrichtungen sind mit Beschneiungs- und Aufstiegshilfen alle auf diesen Top-Zustand ausgerichtet, den man für olympische Spiele fordern muss.

Die Einrichtungen stehen nicht nur in den vierzehn Tagen natürlich den Spitzensportlern zur Verfügung, sondern allen Sportlern in jedem Winter. Das kann man durch alle Wettkampfstätten hindurchdeklinieren. Das gilt auch für München, also für die Eissporthalle etc. Die Einrichtungen, die jetzt noch gebaut werden, bringen auch für den Breitensport eine deutliche Verbesserung des Angebots.

Wichtig ist mir auch Folgendes. Man spricht immer von den Olympischen Spielen. Man muss aber auch an die damit verbundenen Paralympics denken. Sie sind ein ganz wichtiger Teil des Bewerbungsziels. Wir wollen das Augenmerk auch auf die Paralympics richten und die Bedingungen dafür so ausrichten, dass man Paralympics tatsächlich veranstalten kann. Nicht alle Sportstätten sind selbstverständlich auch für den Behindertensport ausgerichtet. Wir sind in dieser Richtung schon gut dabei - auch was die Infrastrukturmaßnahmen betrifft -, die Menschen dorthin zu bringen.

Die Wettkampfstätten des Schneeparks Garmisch-Partenkirchen werden zu einem Prozent der Zuschauerkapazitäten für Behinderte ausgestattet. Alle Wettkampfstätten sind für Paralympics bereits vorgesehen. Es ist eine ganz wichtige soziale Botschaft, die die Olympischen Spiele in Kombination mit den Paralympics an die Bevölkerung aussenden. Wir sind also gut dabei. Das ist ein Teil unserer Bewerbungsphilosophie.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Fragestellerin ist Frau Sandt.

Julika Sandt (FDP): Herr Staatsminister, die FDP hat sich von Anfang an bundesweit sehr stark für die Olympischen Spiele eingesetzt. Unter anderem hat die FDP-Fraktion des Landtags Niedersachsen die Initiative zu einer diesbezüglichen Resolution ergriffen. Dafür gibt es viele gute Gründe.

Sie haben gerade die Impulse für den Sport erwähnt und über den Ausbau und die Nutzung der Sportstätten gesprochen. Dazu kommt, dass ein solches Ereignis einen starken Zulauf zu den Vereinen erzeugt. Die Fußball-WM 2006 hat bewirkt, dass sehr viele Menschen in Fußballvereine eingetreten sind. Die Begeisterung für die Frauenfußball-WM, die gerade läuft, wirkt sicherlich entsprechend motivierend.

Extrem unsportlich haben sich dagegen die GRÜNEN verhalten. Extrem unsportlich fand ich auch das Verhalten des Kollegen Güller, der es eben als peinlich hinstellte, dass wir ein Signal für die Olympischen Spiele setzen, wie wir es schon einmal oder mehrfach gemacht haben.

Wenn morgen unsere Fraktionsvorsitzenden das Gleiche tun und ebenfalls ein Signal für die Olympischen Spiele setzen, und zwar auch auf Initiative des SPD-Fraktionsvorsitzenden, dann frage ich: Sind Sie nicht der Meinung, Herr Staatsminister, dass es extrem peinlich und extrem kontraproduktiv ist, wenn die SPD die Fraktionsvorsitzenden in dieser Art und Weise torpediert?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Was sagen Sie jetzt zu dieser Frage, Herr Staatsminister?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich habe keine Probleme, wenn jemand gegen Olympia ist. Es muss nur gut begründet sein. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb man etwas nicht mag. Es gibt grundsätzliche Erwägungen, zu sagen: Solche Großveranstaltungen wollen wir nicht. Mit den Leuten, die so denken, kann man zwar diskutieren, aber damit wird man nicht weiterkommen; denn dann steht Position gegen Position.

Es gab Menschen, die aus persönlicher Betroffenheit Bedenken hatten, vor allem Menschen vor Ort. Die fühlten sich mit ihren Grundstücken betroffen. Wir haben sehr viel Zeit aufgewandt, die Bedenken auszuräumen. Es gab einen gewissen Erfolg. Viele Dinge wurden so verändert, dass sie für die Bevölkerung erträglich wurden. Wer persönliche Betroffenheit hatte, konnte sich wiederfinden. Jetzt sind diese Dinge so geregelt, dass man damit zufrieden sein kann.

Zu Ihrer letzten Frage. Es gehört zur Demokratie, dass man, wenn sich die Bevölkerung und der Landtag entschieden haben, das Votum anerkennt. Wenn es so entschieden ist, muss man es gut sein lassen. Man sollte dann nicht versuchen, durch irgendwelche Winkelzüge negative Entwicklungen herbeizuführen.

Jetzt sollten wir gemeinsam an die Sache herangehen. Es ist entschieden. Wir wollen uns bewerben. Wir wollen gemeinsam alles tun, damit wir den Zuschlag bekommen. Deswegen fände ich es gut, wenn sich jetzt hier alle entsprechend beteiligten.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Auch Herr Kollege Hartmann möchte noch etwas für Olympia tun. Er will die nächste Frage stellen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir nie gedacht, dass ich einem SPD-Kollegen bei einer Olympiadebatte in einem Teilsatz recht geben muss. Die gewählte Ministerbefragung ist wirklich peinlich. Ich muss hier schon die Frage stellen: Ist es ein Affront gegen die Staatsregierung, wenn Sie indirekt behaupten, sie hätte in den letzten Tagen und Monaten zu wenig getan, und wenn die Staatsregierung berichten soll, was man noch machen kann?

Es ist auch zum jetzigen Zeitpunkt durchaus angebracht, über Olympia zu diskutieren. Das kann man gerne tun. Ganz egal, wie die Entscheidung am Mittwoch nächster Woche ausgeht, sollte man darüber diskutieren, wer für die Kosten der Bewerbung aufkommt, die noch fehlen. Es sind noch 4,1 Millionen Euro offen. Von der öffentlichen Hand sind Darlehen in Höhe von 2,7 Millionen Euro gewährt worden, die bis heute nicht zurückbezahlt worden sind. Wer kommt dafür auf? Lässt man Garmisch-Partenkirchen 1,2 Millionen Euro bezahlen? Diese Gemeinde ist ohnehin schon abnormal hoch verschuldet. Kommt die Staatsregierung für diese Kosten auf? Kommt München dafür auf? Wer übernimmt das? Über diese Fragen kann man auch schon zum jetzigen Zeitpunkt diskutieren. Egal, wie es ausgeht, die Rechnungen für die Bewerbung müssen bezahlt werden. Darüber könnte man heute schon diskutieren. Auf Antworten darauf würde ich mich auch sehr freuen.

Freuen würde ich mich auch über eine Antwort auf die Frage, ob der Wirtschaftsplan eingehalten worden ist. Wenn das Geld nicht, wie versprochen wurde, von den Wirtschaftsunternehmen in Bayern und den Unternehmen vor Ort reinkommt, müssen Sie ein genaues Auge darauf haben, ob der Kostenrahmen eingehalten wird. Wie viel Geld ist bis zum jetzigen Tag ausgegeben worden? Reichen die 33 Millionen?

Ein weiterer Punkt würde mich auch noch interessieren. Auch darüber könnte man diskutieren. Wieso hat die Staatsregierung über die Werbespots beim Bayerischen Rundfunk einen anderen Wissensstand? Auf meine Frage, wie lange die Werbespots gesendet wurden, haben Sie mir schriftlich geantwortet, bis Mitte April seien sie gesendet worden. Dagegen ist der Intendant der festen Überzeugung - das hat er mir auch zweimal schriftlich bestätigt -, dass er die Spots Ende März hat einstellen lassen. Auch darüber kann man diskutieren. Warum gibt es auf verschiedene Anfragen verschiedene Antworten? Über alles das kann man diskutieren.

Die Frage zu stellen, was man jetzt noch für Olympia tun kann, ist wirklich absurd. Für diese Befragung hätten Sie sich ein anderes Thema suchen sollen. Das ist absolut peinlich.

Eine letzte Frage noch: Sie haben vorher kurz den Wissenschaftler Preuß erwähnt. Sie haben nur ganz kurz das Gutachten mit dem wirtschaftlichen Mehrwert erwähnt, das der Evaluierungskommission präsentiert worden ist. Ich möchte von Ihnen ganz kurz Folgendes wissen: Haben Sie sich die Gutachten, die der Wissenschaftler Preuß auch für andere Bewerbungen und für durchführende Orte erstellt hat, daraufhin angeschaut, was nachher herausgekommen ist? Haben Sie sich einmal angeschaut, welche Abweichungen es dabei gab? Das würde mich interessieren.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, Sie sind dran.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich habe die Frage nicht als Affront gegenüber der Staatsregierung empfunden. Man bekommt nur dann ein schlechtes Gewissen, wenn man vorher nicht viel genug getan hat. Das ist bei mir nicht der Fall, insofern hat mich das nicht berührt, um Ihre erste Frage zu beantworten.

Zweitens, zur Finanzierung der Bewerbungsgesellschaft: Abgerechnet wird am Schluss. Ich kann Ihnen heute nicht den derzeitigen Stand der Ausgaben nennen. Das kann man nicht ad hoc sagen. Auf jeden Fall gibt es für die Finanzierung der Bewerbungsgesellschaft ganz klare Regeln. Darüber gibt es einen Ver-

trag. Hier heißt es nicht, schauen wir einmal, wie wir das zahlen. Es gibt einen Vertrag, in dem die Anteile der einzelnen Mitglieder der Bewerbungsgesellschaft ganz eindeutig definiert sind. Teil dieses Vertrages ist auch die Vorgabe, dass möglichst hohe Sponsorenteile gewonnen werden sollen. Der Anteil der Sponsorengelder an der Bewerbungssumme, die auf 33 Millionen Euro geschätzt worden ist, ist nach den USA der höchste Anteil, der bisher eingeworben werden konnte. Damit kann man sagen, dass sich die Wirtschaft hervorragend an der Bewerbung beteiligt. Ich glaube, dass sich die Belastungen der Kommunen in dem Rahmen bewegen, wie er von vornherein abgeschätzt wurde. Jeder hat diesen Vertrag unterschrieben.

Zu den Werbespots. Es ist schon interessant, wie sehr Sie sich im Detail dafür interessieren. In meinem Haus gibt es eine Abteilung, die fast nichts anderes macht, als Ihre Fragen zu beantworten. Die Frage nach den Werbespots im Rundfunk kann ich Ihnen ad hoc nicht beantworten. Darauf gibt es zwei Antworten, die einander widersprechen. Machen wir es doch so wie immer: Schicken Sie mir es rein, und ich beantworte es Ihnen. Soweit und so klar.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Das war die letzte Frage. Damit ist die Befragung des Herrn Staatsministers abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik in Bayern:
Bilanz der Versäumnisse."**

Dazu hat sich Herr Kollege Güller zu Wort gemeldet.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass zu der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde zum Thema Wirtschaftspolitik im Moment Herr Staatsminister Dr. Huber anwesend ist, der gerade Fragen beantwortet hat, und ein Staatssekretär, der aber nicht aus dem Wirtschaftsministerium kommt. Aus dem gesamten Wirtschaftsbereich ist niemand anwesend, auch der Herr Ministerpräsident ist nicht anwesend. Ich halte dies für eine grobe Missachtung des parlamentarischen Rechts der Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Wie sollen wir über die Wirtschaftspolitik in Bayern diskutieren? Ich stelle deshalb den Antrag, zumindest

den stellvertretenden Ministerpräsidenten zur Debatte zu zitieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich habe gehört, der Herr Staatsminister sei im Hause. Dann sollte er aber bitte auch hier sein.

(Inge Aures (SPD): Der ist beim Kaffee!)

Über diesen Antrag kann ich nach der Geschäftsordnung abstimmen lassen. In § 176 ist die Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung geregelt. Rufen Sie ihn doch herbei, sonst muss ich über diesen Antrag förmlich abstimmen lassen. Auf dem Zeitplan war für die Aktuelle Stunde ausdrücklich 18.15 Uhr ausgedruckt. Jetzt ist es 18.16 Uhr.

Stimmen wir einmal darüber ab. Wer ist der Meinung, dass der Herr Staatsminister - -

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Wer der Meinung ist, dass der Herr Staatsminister hier zu erscheinen hat, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Renate Dodell (CSU): Es ist doch zugesagt worden, dass er kommt!)

Wer stimmt dagegen? - Ich stelle fest, Ersteres war die Mehrheit.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das wird angezweifelt!)

Das wird angezweifelt. Dann wenden wir das klassische Instrument des Hammelsprungs an.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir führen den Hammelsprung durch und stellen fest, ob der Antrag der SPD-Fraktion auf Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung die Mehrheit hatte oder nicht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was haben die Schriftführer dazu gesagt?)

Dieser Hammelsprung erfolgt durch Zählung am Eingang. Ich bitte Sie, dass Sie den Saal verlassen. Wo ist die Ja-Türe? - Die Ja-Türe ist dort, wo der Herr Bachhuber hinausgeht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dazu müssen doch die Schriftführer etwas sagen!)